

Teilnahmeformular

1st-Level-Kundenservice

EU-Ausschreibung

Verhandlungsverfahren mit vorherigem Teilnahmewettbewerb

Stuttgart Netze GmbH
Kesselstraße 21-23
70327 Stuttgart

Stuttgart, 08.05.2026

Inhalt

1	Allgemeine Angaben des Bewerbers	3
1.1	Teilnahme am Vergabeverfahren	3
1.1.1	Einzelbewerber	3
1.1.2	Teilnehmer der Bewerbergemeinschaft	4
1.2	Eignungsleihe	10
1.3	Unterauftragnehmer	11
1.4	Weitere Angaben zum Bieter	12
2	Eignung – Mindestnachweise	15
2.1	Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB	16
2.2	Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB	18
2.3	Eigenerklärung gemäß § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLOG)	20
2.4	Eigenerklärung Russland-Sanktionen	21
2.5	Mindestnachweis der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit	22
2.6	Mindestnachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit	23
3	Erklärung zum Teilnahmeantrag	24

1 Allgemeine Angaben des Bewerbers

1.1 Teilnahme am Vergabeverfahren

[Bearbeitungshinweis: Zutreffendes bitte ankreuzen.]

- ☐ als Einzelbewerber
☐ als Bewerbergemeinschaft

1.1.1 Einzelbewerber

Tabelle 1: Einzelbewerber

Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Telefax:	
	E-Mail:	
	Firmen-Webseite:	
Gesellschaftsform		
(GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer		
(Muttersgesellschaft, Gesellschafter)		

1.1.2 Teilnehmer der Bewerbergemeinschaft

[Bearbeitungshinweis: Dieses Kapitel ist nur im Falle einer Bewerbergemeinschaft auszufüllen.]

Tabelle 2: Mitglied der Bewerbergemeinschaft 1

Mitglied der Bewerbergemeinschaft 1		
Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Telefax:	
	E-Mail:	
	Firmen-Webseite:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttersgesellschaft, Gesellschafter)		
Handelsregisternummer		

Tabelle 3: Mitglied der Bewerbergemeinschaft 2

Mitglied der Bewerbergemeinschaft 2		
Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Telefax:	
	E-Mail:	
	Firmen-Webseite:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttersgesellschaft, Gesellschafter)		
Handelsregisternummer		
Geschäftsführer/Vorstand		

Tabelle 4: Mitglied der Bewerbergemeinschaft 3

Mitglied der Bewerbergemeinschaft 3		
Name des Unternehmens		
Anschrift	Straße:	
	PLZ, Ort:	
Ansprechpartner	Name, Vorname:	
	Durchwahl:	
	Telefax:	
	E-Mail:	
	Firmen-Webseite:	
Gesellschaftsform (GbR, GmbH, AG, o.ä.)		
Haupteigentümer (Muttersgesellschaft, Gesellschafter)		
Handelsregisternummer		
Geschäftsführer/Vorstand		

Angaben zur Aufgabenteilung innerhalb der Bewerbergemeinschaft

Bevollmächtigter Vertreter der Bewerbergemeinschaft

[Bearbeitungshinweis: Bitte Name / Firma des bevollmächtigten Vertreters eintragen.]

Der bevollmächtigte Vertreter vertritt die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft. Die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft haften gesamtschuldnerisch.

[Bearbeitungshinweis: Bitte den Namen des Unternehmens, Unterschriftsort und -datum sowie den/die Name(n) der für das jeweilige Unternehmen handelnden Personen eintragen.]

Für das Unternehmen Nr. 1

Name des Unternehmens:

Ort, Datum

Name(n) der Person(en), die die Erklärung
rechtsverbindlich für das Unternehmen ab-
gibt/abgeben**Für das Unternehmen Nr. 2**

Name des Unternehmens:

Ort, Datum

Name(n) der Person(en), die die Erklärung
rechtsverbindlich für das Unternehmen ab-
gibt/abgeben**Für das Unternehmen Nr. 3**

Name des Unternehmens:

Ort, Datum

Name(n) der Person(en), die die Erklärung
rechtsverbindlich für das Unternehmen ab-
gibt/abgeben

1.2 Eignungsleihe

[Bearbeitungshinweis: Dieses Kapitel ist nur im Falle einer Eignungsleihe auszufüllen.]

Angabe, zu Unternehmen auf das/die sich ein Bewerber/eine Bewerbungsgemeinschaft zum Nachweis seiner Eignung stützt („Eignungsleihe“, § 47 SektVO).

Tabelle 5: Eingebundene Unternehmen im Rahmen der Eignungsleihe

Im Rahmen der Eignungsleihe eingebundene(s) Unternehmen	Eignungskriterien, zu deren Nachweis das Unternehmen eingebunden wird

Eine Erklärung des/der im Rahmen der Eignungsleihe eingebundenen Unternehmen(s), dass die für den Auftrag erforderlichen Kapazitäten zur Verfügung stehen, ist / sind auf Anforderung des ausschreibenden Unternehmens vorzulegen.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen zum Nachweis der Eignung ebenfalls einzelne Eignungsnachweise einreichen, vgl. hierzu Ziff. 2 und Dokument III.

1.3 Unterauftragnehmer

Ich/wir beabsichtige/n,

- ☐ sämtliche vertragsgegenständlichen Leistungen selbst zu erbringen.
- ☐ die unten aufgeführten Leistungen durch die Einbindung eines Unterauftragnehmers zu erbringen.

[Bearbeitungshinweis: Bitte ankreuzen und ggf. Tabelle ausfüllen.]

Tabelle 6: Verzeichnis der Unterauftragnehmer

Vorgesehene Tätigkeit	Name des Unternehmens/Anschrift [Bearbeitungshinweis: Falls bereits bekannt.]

1.4 Weitere Angaben zum Bieter

Im Zuge der Einführung neuer Anforderungen für EU-weit vergebene Aufträge (sog. eForms) sind öffentliche Auftraggeber und Sektorenauftraggeber seit dem 25. Oktober 2023 verpflichtet, in Vergabebekanntmachungen (bisher Bekanntmachung über vergebene Aufträge) die unten aufgeführten Angaben zu den Auftragnehmern zu veröffentlichen.

Vor diesem Hintergrund sind für jeden Bieter und bei Bietergemeinschaften für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft die folgenden Angaben zu machen und mit dem Angebot einzureichen.

Nationale Identifikationsnummer

Für **Unternehmen bzw. andere Wirtschaftsteilnehmende** ist grundsätzlich die jeweilige Wirtschafts-Identifikationsnummer einzutragen. Da diese noch nicht eingeführt wurde, ist eine andere eindeutige Identifikationsnummer eindeutig identifizierbar zu benennen, vorzugsweise die jeweilige Umsatzsteuer-ID (z. B. DE123456789) oder ein Registereintrag, in Deutschland vorzugsweise aus dem jeweiligen Handelsregister (z. B. HRA 12345). Nur bei **natürlichen Personen** kann zum Schutz personenbezogener Daten „keine Angabe“ eingetragen werden.

Angabe der Nationalen Identifikationsnummer:

Nummer: _____

Art: _____

Größe des Wirtschaftsteilnehmers

Eine Einordnung der Größe des Wirtschaftsteilnehmers erfolgt gemäß Statistischem Bundesamt über folgende Definition:

- Kleinstunternehmen: bis 9 Beschäftigte und bis EUR 2 Millionen Umsatz
- Kleines Unternehmen: bis 49 Beschäftigte und bis EUR 10 Millionen Umsatz und kein Kleinstunternehmen
- Mittleres Unternehmen: bis 249 Beschäftigte und bis EUR 50 Millionen Umsatz und kein kleines Unternehmen
- Großunternehmen: über 249 Beschäftigte oder über EUR 50 Millionen Umsatz

Angabe der Größe des Wirtschaftsteilnehmers:

- ☐ Kleinstunternehmen
- ☐ Kleines Unternehmen
- ☐ Mittleres Unternehmen
- ☐ Großunternehmen

Nationalität des Eigentümers

Die Angabe der Nationalität des wirtschaftlichen Eigentümers des beauftragten Unternehmens ist verpflichtend, wenn das beauftragte Unternehmen nicht börsennotiert ist.

Die Staatsangehörigkeit (bzw. Staatsangehörigkeiten) des(der) wirtschaftlichen Eigentümer(s) des Gewinners, laut Eintrag in dem(dem) gemäß den Rechtsvorschriften zur Bekämpfung der Geldwäsche eingerichteten Register(n). Wenn kein entsprechendes Register vorhanden ist (z. B. Nicht-EU-Auftragnehmern), Informationen aus anderen Quellen.

Angaben zur Nationalität des Eigentümers

Das Unternehmen ist börsennotiert: ☐ ja ☐ nein

Falls das Unternehmen nicht börsennotiert ist, Angabe der Staatsangehörigkeit(en):

2 Eignung – Mindestnachweise

[Bearbeitungshinweis:

Im Falle einer Teilnahme als Bewerbergemeinschaft sind die Formblätter dieser Sektion zu kopieren und von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft gesondert auszufüllen.

Die Unternehmen, auf die sich ein Bewerber zum Nachweis seiner Eignung stützt, müssen die Eignung nach Maßgabe der EU-weiten Bekanntmachung hinsichtlich derjenigen Eignungskriterien erfüllen, zu deren Nachweis sich der Bewerber auf die Eignung des Unternehmens stützt. Zudem sind die Erklärungen über das Vorliegen von Ausschlussgründe nach § 123 Abs. 1 bis 4 GWB und § 124 Abs. 1 GWB vorzulegen.]

2.1 Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 123 GWB

[Bearbeitungshinweis:

Bei Bewerbungsgemeinschaften ist die Erklärung von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft abzugeben. Ferner ist die Erklärung auch von Unternehmen vorzulegen, deren Kapazitäten der Bewerber im Rahmen der Eignungsleihe in Anspruch nimmt.

Soweit eine der nachfolgenden Erklärungen nicht abgegeben werden kann, ist diese zu streichen. Zudem sind nachfolgend im separaten Kasten die näheren Umstände hierzu zu erläutern.]

Name des Unternehmens: _____

Ich erkläre/wir erklären, dass keine Person, die dem Unternehmen (Bewerber) zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt ist wegen eines Straftatbestandes, der im Folgenden aufgezählt ist und gegen das von mir/uns vertretene Unternehmen keine Geldbuße nach § 30 OWiG rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (StGB) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen,
3. § 261 StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr),
10. den §§ 232 und 233 StGB (Menschenhandel) oder § 233a StGB (Förderung des Menschenhandels).

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

Darüber hinaus erkläre ich/erklären wir, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:

[Bearbeitungshinweis: Nur bei Bedarf auszufüllen.]

2.2 Eigenerklärung zu Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB

[Bearbeitungshinweis:

Bei Bewerbungsgemeinschaften ist die Erklärung von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft abzugeben. Ferner ist die Erklärung auch von Unternehmen vorzulegen, deren Kapazitäten der Bewerber im Rahmen der Eignungsleihe in Anspruch nimmt.

Soweit eine der nachfolgenden Erklärungen nicht abgegeben werden kann, ist diese zu streichen. Zudem sind nachfolgend im separaten Kasten die näheren Umstände hierzu zu erläutern.]

Name des Unternehmens: _____

Ich erkläre/Wir erklären in Bezug auf das durch uns vertretene Unternehmen, dass

- das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
 - das Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder kein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
 - das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird,
 - das Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
 - kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte,
 - das Unternehmen nicht bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war,
 - das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags nicht erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
 - das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen hat und Auskünfte nicht zurückhält und in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
 - das Unternehmen
1. nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

2. nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
3. nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Erläuterung bei Nichtabgabe einer der vorstehenden Erklärungen:

[Bearbeitungshinweis: Nur bei Bedarf auszufüllen.]

2.3 Eigenerklärung gemäß § 19 Abs. 3 Mindestlohngesetz (MiLOG)

[Bearbeitungshinweis:

Bei Bewerbungsgemeinschaften ist die Erklärung von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft abzugeben. Ferner ist die Erklärung auch von Unternehmen vorzulegen, deren Kapazitäten der Bewerber im Rahmen der Eignungsleihe in Anspruch nimmt.

Falls die Erklärung nicht abgegeben werden kann, bitte Erläuterung hierzu und ggf. erläutern, weshalb die Voraussetzungen für einen Ausschluss von der Teilnahme an diesem Vergabeverfahren gemäß § 19 Abs. 1 MiLoG nicht vorliegen.]

Name des Unternehmens:

Ich erkläre/wir erklären,

dass ich/wir **nicht** wegen eines Verstoßes gegen § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens EUR 2.500,00 belegt worden bin/sind.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:

[Bearbeitungshinweis: Nur bei Bedarf auszufüllen.]

2.4 Eigenerklärung Russland-Sanktionen

(von allen Bewerbern / Bietern / allen Mitgliedern von Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften)

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

1. Der / die **Bewerber / Bieter** gehört / gehören nicht zu den

in **Artikel 5 k)** Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) **durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,**
 - b) **durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,**
 - c) **durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.**
2. Die am Auftrag als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.
3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als **Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden**, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

Erläuterung bei Nichtabgabe der vorstehenden Erklärung:

[Bearbeitungshinweis: Nur bei Bedarf auszufüllen.]

2.5 Mindestnachweis der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

2.5.1 Nachweis Umsatz der letzten drei Jahre

Umsatz [in EUR netto]/ Geschäftsjahr	2023	2024	2025
Gesamtumsatz			
Umsatz mit vergleichbaren Tätig- keiten			

2.6 Mindestnachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit

[Bearbeitungshinweis: Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind sowohl zum Nachweis der Mindestanforderungen an die Eignung als auch als für die Bewertungskriterien zur Auswahl der Bieter im Dokument „Vorlage zur Erfassung der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit“ einzutragen.

3 Erklärung zum Teilnahmeantrag

[Bearbeitungshinweis:

Bei Bewerbungsgemeinschaften ist die Erklärung vom bevollmächtigten Vertreter der Bewerbungsgemeinschaft (vgl. Ziffer 1.1.2) abzugeben].

Name des Unternehmens: _____

Wir geben unsere Unterlagen für den Teilnahmeantrag im europaweiten Verfahren zur Vergabe einer Rahmenvereinbarung zur Bereitstellung, strategischen Beratung und Verwaltung von Microsoft 365 und Azure Cloud-Lösungen mit den vorstehenden Erklärungen nach Ziff. 1 bis Ziff. 3 sowie mit den dort in Bezug genommenen Anlagen ab.

Die Auftragsbekanntmachung des vorliegenden Vergabeverfahrens im Supplement des Amtsblatts der Europäischen Union haben wir zur Kenntnis genommen und erkennen sie an.

Die Verfahrensbedingungen im Bewerbermemorandum haben wir zur Kenntnis genommen und erkennen diese uneingeschränkt, bedingungslos und vollständig an.

Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass eine wesentlich falsche Erklärung und Angabe meinen/unseren Ausschluss von dieser und weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben kann.

Ort, Datum

Name(n) der Person(en), die die Erklärungen zum Teilnahmeantrag rechtsverbindlich für den Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft abgibt